

An das
Generalsekretariat
des Südtiroler Landtags

Bozen, 29.08.2016

BESCHLUSSANTRAG

Solidarität und Unterstützung für die Bevölkerung und für die demokratischen Bestrebungen im Gebiet von Rojava

Seit mehr als fünf Jahren ist Syrien Schauplatz schwerer Auseinandersetzungen und religiöser Gewalt durch die Milizen des Islamischen Staates im Irak und in Syrien (ISIS). Nach dem Konflikt und dem Zerfall des syrischen Zentralstaats wurden in einigen Regionen im Norden des Landes, insbesondere im Gebiet von Rojava, in dem die Bevölkerung mehrheitlich kurdisch ist, aber in seiner Gesamtheit eine multi-ethnische und multi-religiöse Bevölkerung darstellt, autonome und demokratisch gewählte Verwaltungseinheiten installiert: die demokratisch-autonomen Regionen Jazira /Cizire, Afrin/Efrin und Kobane. Diese Regionen haben einen stillschweigenden Nichtangriffsvertrag mit der syrischen Regierung von Assad.

Die genannten politischen und institutionellen Verwaltungseinheiten, die Teil des syrischen Staates sind, achten die kulturelle Vielfalt und die Gleichberechtigung der Frau. Diese Grundsätze wurden im Jahr 2014 im Gesellschaftsvertrag von Rojava (ähnlich einer Verfassung) von den demokratisch-autonomen Regionen festgehalten. Der Vertrag bildet die Grundlage eines politischen und sozialen Organisationsmodell, welches auf dem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Gesellschaftsschichten, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, des Pluralismus, der demokratischen Partizipation, dem Prinzip der Gleichheit, sowie der Trennung von Staat und Religion beruht. Der Vertrag spricht sich für das Prinzip der Selbstverwaltung und Mehrsprachigkeit sowie für das Recht auf die jeweilige ethnische, religiöse, sprachliche und kulturelle Identität aus. Zudem regelt es das Recht auf Bildung in der Muttersprache und sieht ein Bildungssystem vor, das auf der Grundlage von Werten der Versöhnung, Würde und Pluralismus fußt. Weiters ist im Vertrag die Gleichstellung der Geschlechter verankert. Durch ein Quotensystem soll die politische Partizipation beider Geschlechter sichergestellt werden und die Bedeutung der Frauen in der Gesellschaft anerkannt werden. Im Jahr 2016 haben lokale politische Gruppierungen, die "autonome Föderation Nordsyrien – Rojava", die aus den vier Kantonen Jazira/ Cizire, Afrin/Efrin, Kobane und Shahba besteht, gegründet. Für die syrische Regierung hat die Erklärung mit welcher diese Föderation gegründet wurde keine rechtliche Verbindlichkeit. Die amerikanische und türkische Regierung haben die Gründung in diesem Zusammenhang als einseitige Maßnahme kritisiert.

Die autonomen Regionen kämpfen gegen die ISIS-Milizen, die ins syrische Territorium eindringen und haben so die Stadt Kobane zu einem Kriegsschauplatz gemacht, wodurch zehntausende Zivilisten aus der Gegend von Kobane in Richtung Türkei und in die anderen Gebiete der autonomen Regionen flüchteten. Die militärischen Kräfte der ISIS wurden durch die Verteidigungskräfte der autonomen Verwaltungseinheiten, der Volksverteidigungseinheiten (HPG), der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und Guerilla-Gruppen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zurückgedrängt. Die Verteidigungskräfte der autonomen Verwaltungseinheiten haben auch einem Teil der Bevölkerung der Yeziden geholfen der Gewalt der ISIS-Milizen zu entgehen. Des Weiteren beherbergt das Gebiet von Rojava verschiedene Flüchtlingslager, die Tausenden von vertriebenen Menschen aus anderen Gebieten Syriens Schutz bieten.

Ab 2014 arbeitet ein internationales Bündnis, dem auch Italien beigetreten ist, daran die ISIS Kräfte in Syrien und dem Irak gemeinsam mit der dortigen Bevölkerung und den Behörden des Gebiets von Rojava zu besiegen. Um bei der Stabilisierung des Nahen Osten zu helfen, umfassender als die rein militärische Intervention, sind



Südtiroler Landtag
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Cunsëi dla Provinzia autonoma de Bulsan

politische und diplomatische Bemühungen der internationalen Gemeinschaft sowie direkte Unterstützung für die lokale Politik notwendig um eine Alternative zu den Kämpfen, religiösen Radikalisierungen und Gewalt gegen Minderheiten und Frauen zu schaffen. Die internationale Gemeinschaft sollte die Bemühungen der autonomen und gewählten Regierungen im Gebiet von Rojava bei der Sicherung der Demokratie, der Freiheit für alle, sozialer Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und des friedlichen Zusammenleben zwischen Gruppen verschiedener Kultur und Religion unterstützen und fördern.

Die Bevölkerung von Rojava und die geschaffenen autonomen Verwaltungseinheiten haben verschiedenste Unterstützung auf nationaler und internationaler Ebene erhalten. Die italienische Abgeordnetenkammer beschloss in der Sitzung vom 17. September 2014, 9/02598-Ar / 021 eine Unterstützung für Rojavas Bevölkerung und ihre autonomen Einheiten, und forderte die italienische Regierung auf "auf die türkische Regierung einzuwirken, um die nicht von ISIS-kontrollierten Grenzübergänge für humanitäre Hilfen zu nutzen, sowie um das demokratische Experiment der drei Kantone Rojava in Syrien zu stärken, mit der Zielsetzung auf ein freies, multikulturelles und multireligiöses, demokratisches Land", und weiters "dass, die Vereinten Nationen mit den autonomen Behörden in Rojava zusammenarbeiten und diese mit Hilfslieferungen unterstützen können, die dortigen Flüchtlingslager unter seine Schirmherrschaft stellen kann. "Am 26. März 2015 hat das Büro des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates ein Dokument mit dem Titel "Erklärung über einen humanitären Korridor Kobane" erlassen, in welchem der Kongress "Solidarität und Unterstützung für die Verwaltung der lokalen Regierung und der Bevölkerung von Kobane sowie anderen Städten, die weiterhin Opfer von Extremismus sind ausspricht die Notwendigkeit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft unterstreicht."

Die Autonome Provinz Bozen, welche sich durch die Anwesenheit von drei sprachlichen und kulturellen Gruppen (Deutsch, Italienisch und Ladinisch) und eine gesicherte politische Autonomie innerhalb des institutionellen Rahmen des italienischen Staates kennzeichnet, erkennt sich in den Grundsätzen und Werten der friedlichen Koexistenz, des Pluralismus, der Mehrsprachigkeit und der lokalen Selbstverwaltung sowie in den demokratischen Grundsätzen, der Gleichstellung der Geschlechter und der Grundfreiheiten wieder, auch wenn diese in den autonomen Einheiten im Gebiet Rojava durch ein anderes politisches und soziales System gesichert sind. Das Autonomiemodell der Provinz Bozen beendete den lokalen ethnisch-sprachlichen Konflikt, ist Grundlage für die multikulturelle Realität der Südtiroler Gesellschaft und förderte das friedliche Zusammenleben zwischen den Sprachgruppen. Gerade wegen seiner Geschichte ist die Autonome Provinz Bozen auf die Förderung von Frieden und dem Schutz der sprachlichen und kulturellen Minderheiten bedacht und nimmt auch international oft eine beratende Funktion wahr bzw. gibt eine Unterstützung von außen. Ein Beispiel dafür ist die Unterstützung der tibetischen Regierung im Exil, mit der es einen Informations- und Wissensaustausch seit über zwanzig Jahren im Bereich der Autonomie und den Minderheitenschutz gibt. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit legt das Landesgesetz Nr. 51 vom 19. März 1991 (Förderung der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Solidaritäts- und Friedensbestrebungen) folgende Ziele festgelegt: (1) Das Land Südtirol erkennt den Frieden als Grundrecht der Menschen und Völker an. Es wird durch die Verwirklichung von Zielen wie Solidarität und internationale Zusammenarbeit sowie durch die uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte erreicht. (2) Im Besonderen trägt das Land bei zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, zum Schutze des menschlichen Lebens, zur Selbstversorgung, zur Bewahrung der kulturellen Identität, zur Anhebung der Bildung, zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes und der natürlichen Umwelt, zur Unterstützung eigener Bemühungen der Entwicklungsländer im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich und zur Verbesserung der Lage der Frauen und Kinder. (3) Das Land fördert weiters Bestrebungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und unterstützt hierfür Initiativen zum Schutze der Menschenrechte und Minderheiten, zur Stärkung der Solidarität zwischen den Völkern, sowie Bemühungen um friedliche Konfliktlösungen mittels der im Artikel 2 vorgesehenen Maßnahmen". Im Juli 2016 veröffentlichte die Provinz einen Wettbewerb zur Finanzierung von Projekten zur Unterstützung der Bevölkerung in Krisengebieten im Nahen Osten, im Mittelmeerraum und in Ländern, in Afrika und für die zur Finanzierung zur Wiedereingliederung von Migranten in den Herkunftsländern.

Dies vorausgeschickt, fordert der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf:



1. seine Solidarität der Bevölkerung und den demokratisch-autonomen Regionen im Gebiet von Rojava auszudrücken.
2. aktiv zu werden, um Initiativen zur Förderung und Erhaltung der demokratischen und autonomen Bestrebungen im Gebiet von Rojava mit der Zielsetzung auf ein freies, multikulturellen und multireligiösen, demokratisches Land, zu entwickeln;
3. die italienische Regierung, die lokalen NGOs und die Südtiroler Institutionen in dem Gebiet aufzufordern, die Bevölkerung und die demokratisch-autonomen Regionen im Gebiet von Rojava bei ihren demokratischen Bestrebungen, Sicherung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu unterstützen;
4. die italienische Regierung aufzufordern, die nationale und internationale Gemeinschaft zur Unterstützung der Menschen in Rojava zu sensibilisieren, sowie in allen institutionellen (europäischen und internationalen) Foren deren demokratischen Bestrebungen zu fördern bzw. die Bevölkerung von Rojava und seine politischen Vertreterinnen zu involvieren;
5. Maßnahmen zur Förderung von sozialer Kooperation, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung, internationaler Schulungen, sowie zur Förderung der Werte und Grundsätze wie friedliche Koexistenz, Pluralismus, Mehrsprachigkeit, lokale Selbstverwaltung, Demokratie, Freiheit und Gleichheit, Gleichstellung der Geschlechter, welche von der Autonomen Provinz Bozen geteilt werden, zu erlassen. Zudem sollten offizielle Beziehungen zu den Verwaltungsbehörden des Gebietes von Rojava und ihre Vertretern in Italien aufgebaut werden.

Gezeichnet,
die Abgeordneten

Dr. Dieter Steger
Magdalena Amhof

Dott. Roberto Bizzo

Dr. Arno Kompatscher

Maria Hochgruber Kuenzer

Dr. Josef Noggler

Oswald Schiefer

Dr. Veronika Stirner

Dr. Richard Theiner

Dr. Thomas Widmann

Dott. Christian Tommasini

Dr.

Philipp Achammer

Dr. Waltraud Deeg

Dr. Florian Mussner

Helmut Renzler

Arnold Schuler

Dr. Martha Stocker

Dr. Christian Tschurtschenthaler

Dr. Albert Wurzer